



**SACHSEN-ANHALT**  
**LANDESV ERWALTUNGSAMT**

**1. Vergabekammer  
beim Landesverwaltungsamt**

**Beschluss**

**dazu OLG-Entscheidung 1 Verg 17/04 vom 14.12.2004**

**AZ: 1 VK LVwA 58/04**

**Halle, 11.10.2004**

§ 107 Abs. 2 GWB, § 6 Abs. 2 VOF, § 4 VOF  
§ 8 Abs. 1 u. 3 VOF, § 16 Abs. 3 GWB  
- Rechtzeitigkeit der Rüge  
- Vorbefasstheit  
- böser Schein der Wettbewerbsverzerrung  
- ungebührliches Wagnis  
- Nichtbekanntgabe der Auftragskriterien

In dem Nachprüfungsverfahren der

..... GmbH  
.....

Verfahrensbevollmächtigte

.....  
Büro .....  
.....

Antragstellerin

gegen

die ..... Standortgesellschaft mbH  
.....

Verfahrensbevollmächtigte  
.....

Antragsgegnerin

unter Beiladung der Bietergemeinschaft

..... GmbH  
.....

..... Planungsgesellschaft mbH  
.....

Beigeladene

wegen

des gerügten Vergabeverstoßes im Verhandlungsverfahren zur Vergabe von Planungsleistungen für den Aus- und Neubau einer ca. 6 km langen Erschließungsstraße am Industriestandort ..... hat die Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt aufgrund der mündlichen Verhandlung am 01.10.2004 unter Mitwirkung des Vorsitzenden Oberregierungsrat Thomas, der beamteten Beisitzerin Bauamtfrau Pönitz und des ehrenamtlichen Beisitzers Herrn Foerster beschlossen:

1. Soweit die Antragstellerin die Nichtbenennung der Nachprüfungsstelle rügt, wird ihr Antrag verworfen.
2. Die Antragsgegnerin wird angewiesen, die 2. Phase (Auftragsverfahren) entsprechend den Maßgaben der Vergabekammer zu wiederholen.
3. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Nachprüfungsverfahrens. Diese belaufen sich auf ..... EUR.
4. Die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten durch die Antragstellerin wird für notwendig erklärt.

## **Gründe**

### **I.**

Mit Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union am ..... schrieb die Antragsgegnerin im Wege des Verhandlungsverfahrens auf der Grundlage der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) die Vergabe von Planungsleistungen der Leistungsphasen 5-9 für den Aus- und Neubau einer ca. 6 km langen Erschließungsstraße am Industriestandort ..... und ..... aus. Als Zuschlagskriterium wurde unter Punkt IV. 2 dieser Bekanntmachung das wirtschaftlich günstigste Angebot aufgrund der in den Unterlagen genannten Kriterien angegeben.

Am Teilnahmewettbewerb beteiligten sich 79 Bewerber. Aus dieser Gruppe ermittelte der Auftraggeber 7 geeignete Bewerber, darunter auch die Antragstellerin, und lud diese mittels Schreiben vom 21.06.2004 bzw. 12.07.2004 im Rahmen des Auftragsverfahrens zu Verhandlungsgesprächen am 25.06.2004 bzw. 13.07.2004 ein. In der Einladung wies der Auftraggeber darauf hin, dass die Anhörung zur Ermittlung des Bewerbers diene, der im Hinblick auf die eigens als Anlage ausgewiesene und beigelegte Aufgabenbeschreibung am ehesten die Gewähr für eine sachgerechte und qualitätsvolle Leistungserbringung biete. Außerdem wurden diese Bewerber aufgefordert, in der Verhandlung ihre Vorstellungen zu den Honorarsätzen und zu den Nebenkosten der ausgeschriebenen Leistungsbereiche bekannt zu geben. Ein Hinweis auf die angekündigten Bewertungskriterien war weder dem Inhalt des Einladungsschreibens zu entnehmen, noch waren diese neben der Aufgabenbeschreibung als Anlagen aufgeführt.

Mit Schreiben vom 08.07.2004, eingegangen am 09.07.2004, teilte der Auftraggeber der Antragstellerin mit, dass er beabsichtige, den Zuschlag der Bietergemeinschaft ..... GmbH/..... Planungsgesellschaft mbH zu erteilen. Die Antragstellerin wurde in diesem Schreiben darüber informiert, dass sie die 1. Stufe des Verhandlungsverfahrens mit der Höchstpunktzahl 500 durchlaufen habe und deshalb als geeignete Bewerberin zu Verhandlungsgesprächen eingeladen worden sei. Im Ergebnis der Verhandlungen habe sich die Antragsgegnerin aufgrund des Gesamteindrucks dafür entschieden, den Auftrag nicht an die

Antragstellerin zu vergeben, da sie in Bezug auf die auftragsbezogenen Kriterien von ihr nicht die bestmögliche Leistung erwarten könne.

Daraufhin rügte die Antragstellerin mit Schreiben vom 03.08.2004 gegenüber der Antragsgegnerin die im Informationsschreiben dargelegte Auffassung zur Auftragsvergabe sowie die generelle Vorgehensweise der Antragsgegnerin. Insbesondere sei für die Antragstellerin nicht nachvollziehbar, dass sie trotz Erreichen der Höchstpunktzahl nicht zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden sei. Auch läge ihr kein Protokoll des am 25.06.2004 stattgefundenen Verhandlungsgespräches vor. Zudem monierte sie, dass ihr Angaben/Informationen im Zusammenhang mit der Bekanntmachung bzw. dem Informationsschreiben nicht mitgeteilt worden seien und daher eine Benachteiligung im Verhandlungsverfahren vorläge. Insbesondere bat die Antragstellerin um die Angabe der entsprechenden Nachprüfstelle inklusive der vollständigen Adresse.

Die Antragsgegnerin reagierte mittels Schreiben vom 06.08.2004 auf die Rüge der Antragstellerin, half dieser jedoch nicht ab. Unter anderem vertrat sie die Auffassung, der Antragstellerin mit der Vergabebekanntmachung und dem Absageschreiben vom 08.07.2004 alle für das Verfahren notwendigen Angaben übermittelt zu haben.

Aus dem Vergabevermerk der Antragsgegnerin geht unter Punkt 10 - Gründe für die Auftragserteilung - ausschließlich hervor, dass die Antragsgegnerin sich im Rahmen ihres Beurteilungsspielraumes entsprechend des hinterlassenen Gesamteindrucks für die Beigeladene entschieden hat, da sie prognostizierend auf die auftragsbezogenen Kriterien die bestmögliche Leistungserbringung aller Bewerber erwarten lasse.

Im Nachgang hat die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 16.08.2004 die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer beantragt. Mit Verfügung der Vergabekammer vom 16.08.2004 ist der Antrag auf Nachprüfung der Antragsgegnerin zugestellt worden. Gleichzeitig wurde sie über die Unzulässigkeit einer Zuschlagserteilung gemäß § 115 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) belehrt. Darüber hinaus wurde sie aufgefordert, die entsprechenden Unterlagen und eine Stellungnahme zum Nachprüfungsantrag vorzulegen.

Die Antragstellerin lässt anwaltlich vortragen, dass der Nachprüfungsantrag zulässig und begründet sei. Insbesondere sei die Antragstellerin entgegen den Ausführungen der Antragsgegnerin sehr wohl antragsbefugt, da sie nicht wegen mangelnder Eignung vom Verfahren auszuschließen sei. Im Teilnahmeantrag habe sie die entsprechenden Erklärungen exakt nach den jeweiligen Unternehmensdaten der Antragstellerin und der Unternehmensgruppe ..... Deutschland getrennt.

Diese Zulässigkeit des Nachprüfungsantrages entfalle auch nicht mangels Rechtzeitigkeit der Rüge vom 03.08.2004. Nach § 107 Abs. 3 Satz 1 GWB sei eine positive Kenntnis des Vergabemangels hinsichtlich tatsächlicher und rechtlicher Umstände gefordert. Der alleinig für die Rüge zuständige und mit dem Vergabeverfahren betraute Geschäftsführer der Antragstellerin, Herr ....., sei für die Zeit vom 05.07. bis zum 01.08.2004 krankheits- bzw. urlaubsbedingt abwesend gewesen. Der mit der allgemeinen Vertretung beauftragte Geschäftsführer ..... verfüge nicht über die notwendigen Kenntnisse im Vergabewesen, so dass er aus den ihm zugänglichen Informationen keine Rückschlüsse auf rechtswidrige Handlungen des Auftraggebers habe ziehen können. Unmittelbar nach der Kenntnisnahme des Informationsschreibens durch den Geschäftsführer ..... habe dieser die Rüge vom 03.08.2004 verfasst. Die Rügeobliegenheit setze nicht nur die positive Kenntnis der die Rechtswidrigkeit begründeten Tatsachen, sondern auch das Erkennen der Rechtswidrigkeit selbst voraus. Die Organisationsstruktur der Antragstellerin könne in diesem Zusammenhang keine für diese nachteilige Berücksichtigung im Rahmen der Berechnung der Rügefrist finden.

Nach Zugang der Antwort durch die Antragsgegnerin am 09.08.2004 auf die am 03.08.2004 gerügten Verstöße habe die Antragstellerin dann Kontakt mit dem Prozessbevollmächtigten aufgenommen. Die vergaberechtlichen Verstöße, die erstmals mit dem Nachprüfungsantrag geltend gemacht wurden, habe die Antragstellerin bis zur Konsultation des Prozessbevollmächtigten nicht als solche erkannt. Insbesondere sei der Antragstellerin die rechtliche Komplexität von europaweiten Ausschreibungen unbekannt gewesen. Wegen der Unsicherheit über einen bestehenden Vergaberechtsverstoß sei der Verfahrensbevollmächtigte erst am 12.08.2004 schriftlich beauftragt worden, um die Erfolgsaussichten zu prüfen. Am 13.08.2004 sei die Antragstellerin dann über die vorliegenden Vergaberechtsverstöße aufgeklärt worden, so dass frühestens am Abend des 13.08.2004 die Antragstellerin positive Kenntnis im Sinne des § 107 Abs. 3 GWB erlangt habe. Wenn der Bieter bei seiner laienhaften Wertung zunächst nur den vagen Verdacht habe, ein bestimmtes Verhalten des Auftraggebers könne als Vergaberechtsverstoß zu beurteilen sein, und er deshalb Rechtsrat einhole, so beginne die Kenntnis und damit die Rügeobliegenheit erst mit Zugang des einen Vergaberechtsfehler diagnostizierenden Rechtsrates (1. VK Sachsen, Beschluss vom 01.10.2002 - Az: 1/SVK/084-02).

Mit Fax vom 16.08.2004 sei sodann unverzüglich der Nachprüfungsantrag eingereicht worden. Eine erneute substantiierte Rüge seitens des Prozessbevollmächtigten sei zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich gewesen, da eine entgeltliche Rechtsverletzung bereits gedroht habe. Eine separate und nochmalige Rüge sei nach § 107 Abs. 3 S. 1 GWB entbehrlich, wenn der Auftraggeber seine Auswahlentscheidung über den im Vorinformationsschreiben schon genannten Grund hinaus auf weitere neue Gesichtspunkte stützt, die Antragstellerin bei nochmaliger Rüge dieser nachgeschobenen Begründungen aber befürchten müsse, dass die vierzehntägige Schutzfrist des § 13 VgV ohne sofortige Einschaltung der Vergabekammer abzulaufen drohe. Da diese Schutzfrist hier bereits abgelaufen war, hätte eine erneute anwaltliche Rüge vor Stellen des Nachprüfungsantrages, vor allen Dingen aber vor dessen Zustellung, zum Zuschlag geführt. Damit wäre der Primärrechtsschutz der Antragstellerin ausgeschlossen gewesen.

Zur Begründetheit ihres Antrages legte die Antragstellerin dar, dass verschiedene Verstöße gegen Vergabebestimmungen, unter anderem durch eine fehlerhafte und zu geringe Information nach § 13 VgV sowie eine Ungleichbehandlung zugunsten der Beigeladenen vorlägen. Die beabsichtigte Zuschlagserteilung sei schon im Hinblick auf das Ergebnis der Nutzwertanalyse vergaberechtswidrig, da die Antragstellerin nach der Information der Gegenseite dort die höchst erreichbare Punktzahl erhalten haben soll. Weiterhin mangle es der von der Antragsgegnerin herausgegebenen Aufgabenbeschreibung an der notwendigen Eindeutigkeit, so dass eine willkürfreie Auswertung der eingehenden Angebote unmöglich erscheine. Die Aufgabenstellung enthalte lediglich ganz allgemeine Aussagen, so z.B., dass die Erschließungsstraße zum Teil über bereits vorhandene Straßenabschnitte führt, die grundhaft ausgebaut werden müssen und der Neubauabschnitt über den bereits verfüllten Tagebau ..... verläuft. Ähnlich sei das Fehlen der Angabe der angekündigten Zuschlagskriterien in den Unterlagen sowie deren Gewichtung zu werten, so dass von einem Verstoß gegen das Transparenzgebot ausgegangen werden müsse. Die erstmalig aus der Vergabeakte im Rahmen der Akteneinsicht gesichteten fünf Bewertungskriterien, hätten entgegen der Äußerung der Antragsgegnerin dem Einladungsschreiben vom 21.06.2004 zum Verhandlungsgespräch am 25.06.2004 tatsächlich nicht beigelegt. Auch sei in der Verhandlung darauf kein Bezug genommen worden.

Hinsichtlich des behaupteten Sonderwissens der Beigeladenen führt die Antragstellerin aus, dass sie von der Vorbefasstheit der ..... Planungsgesellschaft aufgrund eines Telefonates mit dem Geschäftsführer der Antragsgegnerin, Herrn ....., vor Absendung des Teilnahmeantrages erfahren habe. Anlass des Gespräches war der Versuch, in die ggf. bereits vorhandenen Planungsunterlagen der Phasen 1-4 Einsicht zu nehmen, was ihr jedoch seitens der Antragsgegnerin unter Hinweis darauf nicht erlaubt worden sei, dass ..... für die weitere Planung „nicht gesetzt sei, so dass sie von der Nichtbeteiligung dieser Planungsgesellschaft ausgehen habe können. Nach der Rechtsprechung des OLG Jena sei ein Architekt, der im Vorfeld mit Planungsleistungen (LP 1 und 2) befasst war, als Sachverständiger im Sinne des § 6 Abs. 2 VOF auszuschließen, da die Vorbefassung einen wettbewerbsrelevanten Wissensvorsprung begründe. In dieser Entscheidung sei bereits ein einmal

erlangter Wissensvorsprung ausreichend, um den „bösen Schein“ zu bejahren und eine Wettbewerbsbeeinträchtigung anzunehmen. Zugleich habe das Gericht zwar ausdrücklich offen gelassen, ob ein Wettbewerbsverbot auch dann bestehe, wenn eine Egalisierung des Wissensvorsprungs, etwa durch eine gleichartige Information der übrigen Bewerber erfolgt sei, die gebotene Darlegung des Ausgleichs dieses Wissensvorsprungs und damit das Nichtvorliegen einer Wettbewerbsbeeinträchtigung sei von der Antragsgegnerin hier nicht vorgetragen worden. Es läge daher ein von der Rechtsordnung nicht erwünschter Wettbewerbsvorteil für die Beigeladene vor.

Über diesen Umstand sei die Antragstellerin jedoch erst im Mandantengespräch am 13.08.2004 aufgeklärt worden. Den Wettbewerbsvorteil habe daraufhin der Verfahrensbevollmächtigte der Antragstellerin zum Gegenstand des Nachprüfungsantrages vom 16.08.2004 gemacht.

Die Antragstellerin beantragt daher,

1. die Antragsgegnerin zu verpflichten, mit den ausgewählten Bewerbern erneut die 2. Stufe des Verhandlungsverfahrens (Auftragsverfahren) zu wiederholen,
  - hilfsweise,  
das Verfahren aufzuheben und
  - äußerst hilfsweise,  
andere geeignete Maßnahmen zu treffen,
2. der Antragsgegnerin die Kosten des Nachprüfungsverfahrens aufzuerlegen und sowie
3. festzustellen, dass für die Antragstellerin die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten notwendig war.

Den Anträgen der Antragstellerin tritt die Antragsgegnerin entgegen und beantragt,

1. den Antrag der Antragstellerin zurückzuweisen und
2. festzustellen, dass für die Antragsgegnerin die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten notwendig war.

Zur Begründung führt die Antragsgegnerin aus, dass der Nachprüfungsantrag u.a. deshalb unzulässig sei, da es der Antragstellerin bereits an der Antragsbefugnis gemäß § 107 Abs. 2 GWB fehle. Ihr Angebot hätte von der Wertung ausgeschlossen werden müssen, da sie zum einen unzutreffende Erklärungen abgegeben und zum anderen geforderte Erklärungen zur Eignung nicht abgegeben habe. Die Bieterin könne hier nicht damit gehört werden, sie sei zunächst als geeignete Bewerberin zur Angebotsabgabe aufgefordert worden. Zwar möge ein öffentlicher Auftraggeber grundsätzlich an einer einmal getroffenen Eignungsentscheidung gebunden sein, dies gelte jedoch nicht, wenn wie hier die Antragsgegnerin im Nachprüfungsverfahren gravierende neue Gesichtspunkte festgestellt habe, die Einfluss auf die Eignung des jeweiligen Bieters hätten. So habe man aus Internetrecherchen erfahren, dass die Antragstellerin entgegen ihren Angaben im Teilnahmeantrag keinen Gesamtumsatz von 16-17 Mio. EUR und keine 180 Mitarbeiter habe. Die gemachten Angaben würden sich auf sämtliche Konzernmitglieder der ..... Gruppe Deutschland beziehen und nicht auf die Antragstellerin selbst.

Für die Zulässigkeit fehle es weiterhin an einer unverzüglichen Rüge i. S. d. § 107 Abs. 3 GWB sowie an der Antragsbefugnis gemäß § 107 Abs. 2 GWB.

Durch zahlreiche Rechtsprechungen habe sich eine Judikatur zur Rügeobliegenheit entwickelt, wonach Rügefristen maximal zwei Wochen betragen dürften. Dabei sei die Ausschöpfung dieses Zeitraumes seltenen Ausnahmefällen vorbehalten und komme hier nicht in Betracht.

Soweit die Antragstellerin rügt, dass die Bietergemeinschaft ..... GmbH/..... Planungsgesellschaft mbH trotz ihrer teilweise vorgetragenen Vorbehaftetheit den Auftrag erhalten solle, so habe die Antragstellerin von diesem Umstand bereits mit Zugang des Informationsschreibens am 09.07.2004 Kenntnis gehabt. Ein ca. 3,5 Wochen andauernder Zeitraum der Untätigkeit sei weit mehr als die Rechtsprechung selbst in extremen Ausnahmefällen als Überlegungsfrist zulasse. Die Rüge könne daher nicht mehr unverzüglich sein.

Hinsichtlich der gerügten Nichtbezeichnung der Rechtsmittelstellen in der Vergabebekanntmachung bzw. dem Informationsschreiben sei der Vortrag ebenfalls verspätet. Sofern nicht bereits eine Präklusion gemäß § 107 Abs. 3 Satz 2 GWB anzunehmen sei, fehle es jedenfalls auch insoweit an der Unverzüglichkeit der Rüge. Hinzu komme, dass der allgemeine Hinweis der Antragstellerin auf fehlende Angaben/Informationen zu unbestimmt sei. Es mange hier inhaltlich schon an den Mindestanforderungen einer substantiierten Rügeerklärung. Soweit die Antragstellerin in ihrem Nachprüfungsantrag vom 16.08.2004 die vorstehenden Punkte spezifiziert und ergänzt habe, müssten diese Ausführungen ebenfalls als präkludiert gelten, da die Tatsachengrundlagen der Antragstellerin spätestens mit Zugang des Informationsschreibens am 09.07.2004 bekannt gewesen seien.

Im Übrigen sei die Auffassung der Antragstellerin, die Organisationsstruktur eines Bieters könne für diesen im Zusammenhang mit der Berechnung der Rügefrist keine nachteiligen Auswirkungen haben, bereits im Ansatz falsch. Folgte man dieser Auffassung, so würde in Bezug auf die Präklusion eine Benachteiligung für die Bieter eintreten, die im Vergaberecht erfahrenes Personal einstellen und intern Vertretungsbefugnisse festlegen. Eine unzureichende Organisation gehe grundsätzlich mit einem Organisationsverschulden Hand in Hand.

Darüber hinaus sei der Nachprüfungsantrag auch unbegründet. Von einer relevanten Vorbehaftetheit eines Mitgliedes der Beigeladenen könne insofern nicht ausgegangen werden, da es sich abweichend vom Beschluss des OLG Jena um ein einfaches Planungsverfahren handle und ohne Kenntnis der Planungen der Phasen 1-4 konkurrenzfähige Angebote kalkuliert werden könnten.

Auch liege in der den Bietern übermittelten Aufgabenbeschreibung kein Vergabeverstoß begründet, da diese klar und unmissverständlich abgefasst sei. Die Antragsgegnerin habe alle notwendigen Angaben, wie die anrechenbaren Kosten, die Honorarzone sowie die zu vergebenden Leistungsphasen, angegeben, so dass die Bieter unproblematisch nach der HOAI ein Honorarangebot abgeben konnten.

Die vorgetragene Intransparenz könne auch insofern nicht nachvollzogen werden, als nachfolgende Bewertungskriterien mit den Einladungsschreiben vom 21.06.2004 bzw. vom 12.07.2004 zu den Verhandlungsgesprächen allen Bietern als weitere Anlage übersandt worden seien:

#### 1. Fachkunde/Qualität

- Nachweis der Berufszulassung
- Nachweis über Qualifikation der Führungskräfte und des für den Einsatz vorgesehenen Personals
- Nachweis über Referenzobjekte bezüglich der ausgeschriebenen Leistung

#### 2. Leistungsfähigkeit

- Nachweis über Beschäftigte gesamt, davon in welchen Fachbereichen
- Nachweis zu erforderlichen Fachplanern
- Nachweis über die vorhandene technische Ausrüstung
- Nachweis zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- Nachweis Qualitätsmanagement

### 3. Erfahrung

- Nachweis zur Berufserfahrung auf dem Gebiet der ausgeschriebenen Leistungen

### 4. Zuverlässigkeit

- Nachweise über qualitäts- und termingerechte Abwicklung anderer ähnlicher Vorhaben in Bezug auf die in der Einladung formulierten Leistungsphasen
- Aussagen zu vorgesehenen Kontrollinstrumenten zur Sicherung einer qualitäts- und termingerechten Leistung

### 5. Preis/Honorar

- Preis wird nur im durch die HOAI vorgegebenen Rahmen berücksichtigt

Im Ergebnis der einzelnen Auftragsgespräche sei ferner jeder Bieter ausdrücklich nach möglichen Unklarheiten der Vergabebekanntmachung, der Einladung einschließlich der Aufgabenbeschreibung sowie der Bewertungskriterien befragt worden. In diesem Zusammenhang habe die Antragstellerin keine Bedenken vorgetragen. Dies werde durch die Unterschrift des vom Auftraggeber beauftragten Dipl.- Ing. .... unter den Gesprächsprotokollen ausreichend dokumentiert.

Mit Beschluss vom 30.08.2004 hat die Kammer der Antragstellerin Akteneinsicht gewährt, nicht jedoch in die Unterlagen der Mitbieter.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zum Sachverhalt, zum Vortrag der Beteiligten wird auf deren Schriftsätze und die vorgelegten Vergabeakten Bezug genommen.

## **II.**

Im Hinblick auf den vorgetragenen Verstoß gegen vergaberechtliche Vorschriften auf der Grundlage der Nichtbenennung der Nachprüfungsinstanzen ist der Nachprüfungsantrag unzulässig. Darüber hinaus ist er jedoch zulässig.

Die Vorschriften des § 97 ff. GWB sind anwendbar, da der maßgebliche Schwellenwert gem. § 100 Abs. 1 GWB überschritten ist. Die nach § 127 Nr. 1 GWB vorgesehene Vergabeverordnung trat in ihrer Neufassung am 15.02.2003 in Kraft.

Die sachliche und örtliche Zuständigkeit zur Überprüfung des Nachprüfungsantrages durch die Vergabekammer beim Landesverwaltungsamt ist in § 104 Abs. 1 GWB i.V.m. dem RdErl. des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie (MW) – Richtlinie über die Einrichtung von Vergabekammern in Sachsen-Anhalt – vom 04.03.1999-63-32570/03-, zuletzt geändert durch RdErl. des MW vom 08.12.2003 (MBI. LSA Nr. 57/2003), geregelt.

Die Antragsgegnerin ist öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 98 Nr. 2 GWB.

Die Antragstellerin ist nach § 107 Abs. 2 GWB auch antragsbefugt.

Soweit die Antragsgegnerin in ihrem Schriftsatz vom 25.08.2004 von einer fehlenden Antragsbefugnis der Antragstellerin gemäß § 107 Abs. 2 GWB ausgeht, kann die erkennende Kammer dem nicht folgen. Die Antragsgegnerin hat im Rahmen des Auswahlverfahrens als 1. Stufe des Verhandlungsverfahrens entsprechend § 10 Abs. 1 VOF unter den Bewerbern

diejenigen ausgewählt, die aus ihrer Sicht für die Leistungserbringung als geeignet erscheinen. Dabei entspricht es dem Wesen einer vorgezogenen Eignungsprüfung, dass nach Abschluss derselben auf ein angebliches Fehlen eignungsrelevanter Gesichtspunkte durch den Auftraggeber nicht mehr abgestellt werden kann.

Die erkennende Kammer geht mit der Auffassung der Antragsgegnerin konform, dass im Falle der nachträglichen Feststellung gravierender neuer Gesichtspunkte bzw. Tatsachen, ausnahmsweise in der 2. Phase des Verhandlungsverfahrens die Eignung eines Bieters durch den Auftraggeber in Frage gestellt werden kann, das Ergebnis der Eignungsprüfung auf einer arglistigen Täuschung des Bewerbers beruht. Dies trifft jedoch im vorliegenden Fall nicht zu.

Aus dem der Kammer vorgelegten Teilnahmeantrag der Antragstellerin geht eindeutig hervor, welche Angaben und Erklärungen sich auf die Bieterin ..... GmbH ..... einschließlich der dazugehörigen Niederlassungen in ....., ..... und ..... und auf die ..... Gruppe Deutschland beziehen. Schon ausweislich der Anlage 1 sind auf Seite 4 die Umsatzzahlen und die Beschäftigungsstruktur der Antragstellerin sowie der ..... Gruppe detailliert dargelegt. Auch aus den Anlagen 4 und 9 sind die geforderten Angaben konkret ersichtlich. So wurden für die bundesweite ..... Gruppe beispielgebend eine Gesamtbeschäftigungszahl von 164 und für die Antragstellerin einschließlich der Niederlassungen eine Gesamtbeschäftigungszahl von 38 angegeben. Der Tatsachenvortrag der Antragsgegnerin basiert offenbar auf einer unzureichenden Analyse der Bewerbungsunterlagen der Antragstellerin. Von einer Täuschung kann nicht die Rede sein. Eine erneute Überprüfung der Eignung scheidet demnach aus.

Hinsichtlich ihres rechtlichen Vortrages zum Erfordernis der Rechtzeitigkeit der Rüge vermag sich die Antragsgegnerin insoweit durchzusetzen, als die Rüge der fehlenden Angabe der Nachprüfstelle gemäß § 107 Abs. 3 S. 2 GWB als präkludiert angesehen werden muss und der Nachprüfungsantrag insoweit zu verwerfen war. Das Fehlen der Angabe der Nachprüfstelle in der Bekanntmachung war aus dieser selbst bereits erkennbar und hätte folglich bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe eines Angebotes gerügt werden müssen. Auch wenn die Antragstellerin in ihren Schriftsätzen zu erkennen gibt, dass sie nicht davon ausgegangen sei, dass im Verhandlungsgespräch am 25.06.2004 ein Vertragsangebot unterbreitet werden sollte, muss dieser Termin als Zeitpunkt zur Abgabe des Angebotes im Sinne des § 107 Abs. 3 S. 2 GWB gewertet werden. Da bis zu diesem Zeitpunkt keine entsprechende Rüge erfolgte, gilt der Rügevortrag vom 03.08.2004 diesbezüglich als verspätet.

Hinsichtlich des weiteren Rügevortragens kommt § 107 Abs. 3 S. 2 GWB nicht zur Anwendung, da keiner der gerügten Gesichtspunkte bereits aus der Vergabebekanntmachung ersichtlich war.

Was nun die Voraussetzungen des § 107 Abs. 3 S. 1 GWB betrifft, so sind diese erfüllt worden. Unabhängig davon hält die erkennende Kammer ein Rügeerfordernis aufgrund der Besonderheiten in diesem Einzelfall ausnahmsweise nicht gegeben. Die seitens der Antragsgegnerin vorgetragene Präklusion ist folglich nicht eingetreten.

Die Antragstellerin konnte gegenüber der erkennenden Kammer glaubhaft machen, dass sie zwar von den am 03.08.2004 gerügten Tatsachen bereits mit Zugang des Informationsschreibens Kenntnis erlangte, den Rückschluss auf die Rechtswidrigkeit des mit diesen Tatsachen im Zusammenhang stehenden Verhaltens des Auftraggebers jedoch erst am 02.08.2004 gezogen hat. Da es sich bei dem nach § 107 Abs. 3 S. 1 GWB erforderlichen Erkennen der vermeintlichen Rechtswidrigkeit um einen inneren Vorgang der Antragstellerin handelt, der erst durch die Abfassung des Rügeschreibens vom 03.08.2004 nach Außen hin sichtbar wurde, ist es nicht möglich, den Zeitpunkt der Erkenntnis der vermeintlichen Rechtswidrigkeit nach rechtstaatlichen Gesichtspunkten abweichend vom Vortrag der Antragstellerin zu bestimmen.

Überlegungen der Auftraggeberseite in Richtung eines Organisationsverschuldens der Antragstellerin führen im Hinblick auf den rechtlich relevanten Zeitpunkt des Erkennens zu keinem anderen Ergebnis. Es ist der Antragsgegnerin zuzustimmen, wenn sie von der Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Organisation des Geschäftsbereiches der Antragstellerin ausgeht und sich im Hinblick auf die vorgetragene Organisationsstruktur die Frage nach der



Eignung der Antragstellerin stellt. Ein eventuelles Organisationsverschulden ist indes nur geeignet, eine nicht umgesetzte Handlungs- oder Unterlassungspflicht zuzurechnen. Es ist jedoch nicht möglich, einen nicht stattgefundenen inneren Prozess zu ersetzen und ein vorzeitiges Erkennen der vermeintlichen Rechtswidrigkeit zu konstruieren (VK Münster, VK 01/04 v. 10.02.2004). Soweit die Antragsgegnerin dazu vortragen lässt, dass der Auftraggeber, der einem unzureichend organisierten Auftragnehmer gegenübersteht, grundsätzlich schlechter gestellt wäre und eine stark verbesserungsbedürftige Organisationsstruktur dem dafür verantwortlichen Bieter auf keinen Fall zum Vorteil gereichen dürfe, so vermag diese Äußerung nicht zu überzeugen. Der Auftraggeber, der sich mit einem unzureichend organisierten Bieter konfrontiert sieht, steht sich keinesfalls schlechter als der Auftraggeber, dessen Gegenüber zwar hervorragend organisiert ist, aber dennoch einen Vergabeverstoß nicht sofort, sondern erst zu einem erheblich späteren Zeitpunkt erkennt und rügt. Eine optimierte Organisationsstruktur kann die Wahrscheinlichkeit des Erkennens eines vergaberechtlichen Verhaltens des Auftraggebers zwar erhöhen, ist jedoch nicht in der Lage, dieses Erkennen abzusichern. Da der Gesetzgeber sich dazu entschlossen hat, auf das tatsächliche Erkennen abzustellen, verbieten sich nach Auffassung der erkennenden Kammer derartige Erwägungen grundsätzlich.

Dies gilt insbesondere auch insoweit, als der Auftraggeber Überlegungen anstellt, dass die in der Praxis äußerst schwierige Feststellung des tatsächlichen Erkennens des vermeintlichen Vergabeverstoßes durch die Prognose der Erkennbarkeit durch einen redlichen Dritten ersetzt werden müsse. Die Auffassung der Auftraggeberseite verwischt die klare rechtliche Abgrenzung, die der Bundesgesetzgeber durch die Differenzierung in § 107 Abs. 3 S. 1 und S. 2 GWB vorgenommen hat.

Die Rüge vom 03.08.2004 gilt somit als rechtzeitig eingelegt, da diese am auf das Erkennen der vermeintlichen Rechtswidrigkeit folgenden Tag gegenüber der Antragsgegnerin ausgesprochen wurde.

Die erkennende Kammer sieht sich mit dieser Entscheidung auch nicht im Widerspruch zu der allgemein zu erkennenden Entwicklung der Spruchpraxis zu § 107 Abs. 3 S. 1 GWB. Tendenziell zeichnet sich bei der Feststellung des Erkennens eines vermeintlich vergaberechtswidrigen Verhaltens eine rein auf objektive Anhaltspunkte abstellende Entscheidungspraxis ab, die sich eher als bieterfreundlich darstellt, während hinsichtlich der auf die Erkenntnis folgenden Verpflichtung zum Handeln die Anforderungen an die Bieter auftraggeberfreundlich stets weiter erhöht werden.

Die erkennende Kammer möchte den vorliegenden Sachverhalt zum Anlass nehmen, darauf hinzuweisen, dass sie hinsichtlich der am 02.08.2004 erkannten vermeintlichen Vergabeverstöße eine Rüge für ausnahmsweise entbehrlich erachtet.

Grundsätzlich muss dem Auftraggeber nach dem Willen des Gesetzgebers die Möglichkeit eingeräumt werden, einen eigenen Fehler zu erkennen und seine fehlerhafte Entscheidung zu korrigieren. Die Rügepflicht entspricht somit der Interessenlage an einer schnellen vergaberechtskonformen Zuschlagserteilung aller an einem Vergabeverfahren Beteiligten. Das Rügeerfordernis kann nach Auffassung der Kammer im Wege der teleologischen Reduktion daher in den Fällen entfallen, wo es die schnelle vergaberechtskonforme Zuschlagserteilung nicht nur nicht unterstützt, sondern diese sogar gefährdet. So würde es sich hier verhalten.

Da im vorliegenden Fall die Frist zur Sicherung des Primärrechtsschutzes des § 13 VgV zum hier festgestellten Zeitpunkt des Erkennens der vermeintlichen Rechtswidrigkeit am 02.08.2004 bereits verstrichen war, hätte der Auftraggeber den Zuschlag bereits vor diesem Zeitpunkt erteilen können. In einem solchen Falle kann der rügende Bieter nicht sicher sein, dass die Rüge ihrem eigentlichen Sinn entsprechend zu einer nochmaligen Überprüfung des Verhaltens des Auftraggebers durch ihn selbst führt, sondern läuft vielmehr Gefahr, dass der Zuschlag anlässlich der mit der Rüge einhergehenden Möglichkeit der Anrufung der Vergabekammer, zur Vermeidung von Verzögerungen unverzüglich erteilt wird. Würde man die Verpflichtung zur Rüge in einem solchen Falle aufrechterhalten wollen, so würde diese die Rechtstaatlichkeit des Vergabeverfahrens bedrohen und im Hinblick auf das Erfordernis der Einhaltung vergaberechtlicher Bestimmungen contraproduktiv wirken. Die erkennende Kammer greift insoweit den durch das OLG Saarbrücken in seinem Beschluss vom 29.05.2002 - 5 Verg 1/01 - formulierten Gedanken auf, dass im Wege der teleologischen

Reduktion vom Rügeerfordernis abgesehen werden kann, wenn eine rechtlich nicht hinnehmbare Spekulation der Antragstellerin auf eine positive Auswirkung eines als rechtswidrig erkannten Verhaltens der Auftraggeberseite ausgeschlossen werden kann, bzw. wie hier, der rechtskonforme Abschluss eines Vergabeverfahrens sogar gefährdet wird.

Abweichend vom oben benannten Beschluss des OLG Saarbrücken hält die erkennende Kammer es jedoch nicht für erforderlich, dass in diesen Fällen der Nachprüfungsantrag in der Frist des § 107 Abs. 3 S. 1 GWB gestellt wird. Der Gesetzgeber hat keine Fristenregelung hinsichtlich der Rechtzeitigkeit eines Nachprüfungsantrages gesetzlich fixiert. Er konnte davon ausgehen, dass dem Gesichtspunkt der Beschleunigung der Vergabeverfahren gewissermaßen durch das Gesetz des Marktes entsprochen werde, wonach ein antragswilliger Bieter angesichts der drohenden Zuschlagserteilung schnellstmöglich und somit ohne schuldhaftes Zögern die zuständige Vergabekammer anrufen werde.

Soweit die gerügten Gesichtspunkte durch den anwaltlich eingelegten Nachprüfungsantrag noch erweitert wurden, bedurfte es sowohl nach den durch die erkennende Kammer vertretenen Erwägungen als auch nach den in der zitierten Entscheidung des OLG Saarbrücken formulierten Feststellungen keiner weiteren Rüge. Die Kammer folgt insoweit dem anwaltlichen Vortrag der Antragstellerseite und geht davon aus, dass die Erweiterung des rechtlichen Vorbringens durch Einlegen des Nachprüfungsantrages unmittelbar auf die Erkenntnis der vermeintlichen Rechtswidrigkeit im Rahmen der anwaltlichen Beratung folgte.

Der zulässige Teil des Nachprüfungsantrages ist auch begründet, da die Antragsgegnerin die Antragstellerin in ihrem Recht aus § 97 Abs. 7 GWB auf Einhaltung der sie schützenden vergaberechtlichen Vorschriften verletzt hat.

- a) Indem die Antragsgegnerin trotz der Vorbefasstheit eines Mitgliedes der Beigeladenen keinerlei Maßnahmen ergriffen hat, dort vorhandenes Vorwissen aus den Planungsphasen 1-4 durch Weitergabe entsprechender Informationen auszugleichen und so den bösen Schein der Wettbewerbsverzerrung zu beseitigen, hat sie das zu Lasten der Beigeladenen wirkende und die konkurrierenden Bieter schützende Wettbewerbsverbot des § 6 Abs. 2 VOF nicht beachtet.

§ 6 Abs. 2 VOF statuiert ein Wettbewerbsverbot von Sachverständigen, wenn diese vom Auftraggeber bei der Beschreibung der Aufgabe hinzugezogen wurden, so dass diese weder mittelbar noch unmittelbar an der betreffenden Vergabe beteiligt sein dürfen. Dieses Verbot setzt die in § 4 VOF enthaltenen Grundsätze um. Danach gilt das Gebot der ausschließlich an objektiven Kriterien anknüpfenden Vergabeentscheidung. Da der Sachverständige gerade im Geltungsbereich der VOF einen wettbewerbswirksamen Wissensvorsprung hat, führt § 6 Abs. 2 VOF deswegen die in § 4 VOF festgelegten, dem gesamten Vergaberecht innewohnenden Prinzipien fort. Das Verbot des § 6 Abs. 2 VOF kann dabei nur auf eine Bewerbung um den Auftrag gerichtet sein.

Der mit den Leistungsphasen 1-4 vorbefasste Teil der Beigeladenen ist hier als Sachverständiger im Sinne des § 6 Abs. 2 VOF zu verstehen. Dem Schutzzweck entsprechend muss der Begriff des Sachverständigen hier weit gefasst werden. Das Wettbewerbsverbot trifft all diejenigen, die aufgrund einer Vorbefasstheit mit dem Vergabeverfahren im weitesten Sinne über Informationen verfügen, die den konkurrierenden Mitbewerbern oder Mitbieter nicht bekannt sind und die geeignet sind, den bösen Schein der Wettbewerbsverzerrung zu begründen.

Dabei kommt es entgegen der Auffassung des Auftraggebers nicht darauf an, ob die übrigen Bieter aufgrund der Aufgabenbeschreibung in der Lage sind, ein ordnungsgemäßes Angebot abzugeben. Ausschlaggebend ist allein, dass der böse Schein des Wettbewerbsvorteils nach objektiven Maßstäben zum Zeitpunkt der Bewerbung bzw. der Angebotsabgabe fortbesteht. Dies ist hier der Fall, so dass die Beigeladene aufgrund der Vorbefasstheit eines Mitgliedes zum jetzigen Zeitpunkt nicht als Vertragspartnerin in Betracht kommen kann.

Dies bedeutet nach der Ansicht der erkennenden Kammer jedoch nicht, dass die Beigeladene sich auf keinen Fall an dem Vergabeverfahren hätte beteiligen dürfen. Die Antragsgegnerin hat es vielmehr auch noch jetzt in der Hand, z.B. durch Preisgabe der Planungsunterlagen der Leistungsphasen 1-4 den bösen Schein der Wettbewerbsverzerrung zu beseitigen. Es muss in diesem Zusammenhang allerdings darauf geachtet werden, dass diese Erkenntnisse den übrigen Bietern nicht erst unmittelbar vor oder sogar anlässlich des ersten Verhandlungstermins zugänglich gemacht werden dürfen. Der Auftraggeber hat in derartigen Fällen nach dem allgemeinen Grundsatz zu verfahren, dass mit dem Recht auf Information auch das Recht auf rechtzeitige Information einhergeht.

- b) Darüber hinaus hat die Antragsgegnerin der Antragstellerin ein ungebührliches Wagnis aufgrund einer nicht ausreichenden Aufgabenbeschreibung nach § 8 Abs. 1 u. 3 VOF auferlegt.

Die erkennende Kammer schließt sich den Ausführungen des anwaltlichen Vertreters der Antragstellerin an, dass die Aufgabenbeschreibung nur ganz allgemeine Aussagen beinhaltet. Insbesondere macht der Umstand, dass ein Neubauabschnitt über den bereits verfüllten Tagebau ..... führt, weitere Angaben zum Entwässerungskonzept bzw. allgemein zum Unterbau erforderlich.

In diesem Zusammenhang liegt die Verpflichtung zur Erbringung aller wichtigen Informationen beim Auftraggeber. Dieser Verpflichtung hat die Antragsgegnerin bei weitem nicht genügt. Auch hier hätte die Möglichkeit bestanden, alle Bieter frühzeitig mit den Erkenntnissen aus den bereits durchgeführten Planungsphasen vertraut zu machen.

- c) Ein weiterer Verstoß gegen Vergaberecht liegt in der Nichtbekanntgabe der Auftragskriterien.

Ausweislich der Regelung des § 16 Abs. 3 GWB trifft jeden Auftraggeber die Verpflichtung, die Auftragskriterien in der Vergabebekanntmachung oder der Aufgabenbeschreibung bekannt zu geben. In der Vergabebekanntmachung wurde neben der ausdrücklichen Benennung des Preises auf weitere Auftragskriterien in den Vergabeunterlagen hingewiesen. Trotz dieser Ankündigung muss die Vergabekammer hier davon ausgehen, dass das ausweislich des Vortrages der Antragsgegnerin dem Einladungsschreiben beiliegende Blatt mit fünf Auftragskriterien, der Einladung der Antragstellerin nicht beigelegt war. Die Einladung selbst nimmt weder im Einladungstext noch in der Auszeichnung der Anlagen auf eine derartige Information Bezug. Da die Antragsgegnerin hier die Informationspflicht trifft, trifft sie auch die Beweislast. Ob der Einladung gegenüber anderen Bietern das fragliche Blatt beigegeben war, ist hier ohne Bedeutung, da es ausschließlich um die Information gegenüber der Antragstellerin geht. Diese konnte hier nicht nachgewiesen werden.

In diesem Zusammenhang sei der Hinweis gestattet, dass die Auftragskriterien nur ausnahmsweise auch Geeignetheitskriterien widerspiegeln dürfen, so dass eine Überarbeitung dringend erforderlich erscheint.

- d) Allgemein wurde seitens der Antragstellerin die fehlende Transparenz des Vergabeverfahrens gerügt. In diesem Zusammenhang musste die erkennende Kammer feststellen, dass sich in der gesamten Akte kein Vergabevermerk zum Auftragsverfahren entsprechend § 18 VOF findet.

Die besondere Bedeutung des Vergabevermerks dürfte sowohl der Antragsgegnerin als auch dem sie betreuenden Ingenieurbüro hinreichend bekannt sein. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wie es im Rahmen des Auftragsverfahrens irrtümlich dazu kommen kann, dass ein solcher Vermerk nicht erstellt wurde. Sinn des Vergabevermerkes ist neben der Information der mit der Überprüfung der Vergabeentscheidung betrauten Organe auch die Eigenkontrolle des Auftraggebers. Gerade wenn ein Planungsbüro die Entscheidung des Auftraggebers vorbereitet, ist der Vergabevermerk ein unverzichtbarer

Garant dafür, dass der Auftraggeber eine eigenverantwortliche Entscheidung in einem Vergabeverfahren überhaupt treffen kann. Das Fehlen desselben steht einer Zuschlagserteilung in einem Verfahren grundsätzlich entgegen. Es ist daher ein ureigenes Interesse des stets durch Zeitdruck geplagten Auftraggebers, gegenüber dem ihn betreuenden Ingenieurbüro die Erstellung und aktuelle Fortführung des Vergabevermerkes zu fordern.

In Anbetracht der dargelegten Feststellungen hält die erkennende Kammer es für erforderlich aber auch für ausreichend, dass die Antragsgegnerin das Auftragsverfahren mit den bereits ausgewählten Bewerbern unter vorheriger rechtzeitiger Preisgabe aller notwendigen Informationen wiederholt, § 114 Abs. 1 GWG.

### **III.**

#### **Kosten**

Die Kostenentscheidung beruht auf § 128 Abs. 3 GWB. Die Antragsgegnerin hat die vollen Kosten des Verfahrens zu tragen. Soweit ihr Nachprüfungsantrag zu einem geringen Anteil unzulässig ist, konnte dies hier aufgrund rechtlicher und wirtschaftlicher Erwägungen vernachlässigt werden.

Die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten durch die Antragstellerin war angesichts der sachlichen und rechtlichen Schwierigkeiten des Falles notwendig, § 128 Abs. 4 Satz 3 GWB in Verbindung mit § 80 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

Die Höhe der Kosten bestimmt sich nach dem personellen und sachlichen Verwaltungsaufwand, welchen der Antrag bei der Kammer verursacht hat, und der wirtschaftlichen Bedeutung des Gegenstandes des Nachprüfungsverfahrens. Die Gebühr wird aufgrund des Angebotes der Antragstellerin basierend auf den vom Auftraggeber vorgegebenen Eckdaten unter Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (252.000,00 EUR) gemäß der Gebührentabelle des Landes Sachsen-Anhalt ermittelt. Die Höhe der Gebühren beträgt somit ..... EUR (§ 128 Abs. 2 Satz 2 GWB), die Höhe der Auslagen ..... EUR (§ 128 GWB i.V.m. § 10 VwKostG LSA).

Demnach belaufen sich die Gesamtkosten für das Verfahren hier auf

..... **EUR**,

§ 128 Abs. 1 Satz 1 GWB.

Der Antragstellerin wird der bereits geleistete Kostenvorschuss von 2.500,00 EUR nach Eintritt der Bestandskraft des Beschlusses zurückerstattet.

Die Einzahlung des Betrages in Höhe von ..... **EUR** hat durch die Antragsgegnerin unter Verwendung des Kassenzzeichens 3300-..... auf das Konto ..... bei der Landeshauptkasse Dessau, Deutsche Bundesbank Magdeburg, BLZ 810 000 00 zu erfolgen.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen den Beschluss der Vergabekammer ist die sofortige Beschwerde zulässig, § 116 Abs. 1 GWB. Sie ist schriftlich innerhalb einer Frist von zwei Wochen, die mit Zustellung des Beschlusses beginnt, beim Oberlandesgericht Naumburg, Domplatz 10 in 06618 Naumburg, einzulegen, § 117 Abs. 1 GWB.

Die sofortige Beschwerde ist zugleich mit ihrer Einlegung zu begründen. Die Beschwerdebe-  
gründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit der Beschluss der  
Vergabekammer angefochten und eine abweichende Entscheidung beantragt wird sowie die  
Tatsachen und Beweismittel bezeichnen, auf die sich die Beschwerde stützt, § 117 Abs. 2  
GWB.

Die Beschwerde muss durch einen bei einem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt unter-  
schrieben sein. Dies gilt nicht für Beschwerden von juristischen Personen des öffentlichen  
Rechts, § 120 Abs. 1 GWB.

Die sofortige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Die aufschiebende Wirkung entfällt  
zwei Wochen nach Ablauf der Beschwerdefrist, § 118 GWB.

gez. Thomas

gez. Pönitz

gez. Foerster